



http://www.tz-online.de/de/aktuelles/bayern/artikel_49753.html
27.10.2008 - 10:42 Uhr

Die Reizthemen der CSU

1 | 26.10.08 | Bayern

München - Für Bayern war es ein historischer Tag, für die CSU zweifelsohne ein ungewohnter: Zum ersten Mal seit 46 Jahren mussten die Schwarzen mit einem Koalitionspartner verhandeln.



Foto: dpa

So sähe der Flughafen mit einer dritten Startbahn aus

Und so wurde in der letzten Runde am Freitag noch einmal acht Stunden lang mit der FDP über zig Punkte diskutiert: Vom Rauchverbot über Bauprojekte bis zu den Ministerposten. Das Ziel des zukünftigen Ministerpräsidenten Horst Seehofer: „Mehr Bürgernähe.“

Ja, die Bürgernähe. Ihr Fehlen kostete die CSU zweifellos viele Stimmen. Rauchverbot, Autobahnausbau, Flughafen – gerade der Umgang mit diesen Reizthemen ärgerte die Wähler. Was ändert sich nun nach dem Koalitionsvertrag? Die tz erklärt, wo zurückgerudert und wo auf Kurs geblieben wird:

Stichwort Rauchverbot

Mit dem knallharten Anti-Qualm-Gesetz ist es bekanntermaßen vorbei. Dennoch wird für Raucher nicht alles wie früher. Die Regeln im brandneuen Vertrag sind genau festgehalten: In Gaststätten mit mehreren Räumen „darf nun ein Raum als Raucherraum eingerichtet werden“. In kleinen Einraumgaststätten darf gequalmt werden, sofern die Kneipe „als Raucherlokal gekennzeichnet“ ist. Und in Bierzelten und Festhallen? Da bleibt das Rauchen erlaubt, weil sie „an wechselnden Standorten betrieben werden“. Gastronom Wiggerl Hagn freut's: „Mit diesen Regeln können wir Wirte leben“, betont der

Unionsbräu-Chef und Wieswirt. „Uns war der Schutz der Nichtraucher auch wichtig.“

Den gibt es übrigens auch in Discos. Dort ist das Rauchen nur in einem Nebenraum gestattet, in dem „sich keine Tanzfläche befindet und wo keine Minderjährigen Zutritt haben“. Schon in den nächsten Wochen sollen die Regeln im Landtag durchgewunken werden. Fakt ist aber: Viele Wirtshäuser haben schon in den letzten Tagen leise einen Raucherraum eingeführt. Und neue Probleme drohen schon wieder, denn gestern meldete sich die EU zu Wort. Sie will bald ein einheitliches Rauchverbot an allen Arbeitsplätzen. Damit würde der Tabakqualm auch in Kneipen, Restaurants und Diskos verboten. Das EU-Parlament und die 27 Staaten müssten einer Richtlinie aber erst zustimmen. Und das kann dauern.

Flughafen-Ausbau und -Anbindung

Die dritte Startbahn am Flughafen kommt – jedenfalls sind sich hier CSU und FDP einig. Im Koalitionsvertrag heißt es nur: „Die Bürger werden in die Planung mit einbezogen“. Auch eine „Fernbahnanbindung“ zum Airport soll gebaut werden. In anderen Worten: Schon länger denkt die CSU darüber nach, eine Haltestelle Flughafen für Züge ins Leben zu rufen, die unter anderem aus dem Nordwesten und Osten Bayerns kommen. Der schwarz-gelben Regierung geht es also – wie schon einst der CSU alleine – primär um einen Anschluss für Regensburger, Augsburg, Nürnberger oder Passauer an den Flughafen per Direktzug. Und München? Hier heißt es im Koalitionsvertrag, geplant sei eine „schnelle Schienenverbindung zwischen München und Flughafen mit kreuzungsfreier Trassenführung“. Schon das Wort „schnell“ deutet daraufhin, dass auch Schwarz-Gelb wenig von einer Express-S-Bahn hält – die ja von der Stadt präferiert wird. „Die Art der Anbindung muss noch genau besprochen werden“, so ein FDPler am Sonntag zur tz.

Autobahn-Projekte

Eins der großen Bauprojekte der Koalition soll der schnelle sechsspurige Ausbau der A8 zwischen München und Ulm werden. „Hier muss endlich Gas gegeben werden“, sagte ein CSU-Landtagsabgeordneter gestern. Der Bau der A 94 aber wird erst einmal gestoppt – bis eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts vorliegt. Es hatte Klagen gegen das Projekt durchs Isental gegeben. Zudem sollen die A 3 und die A 6 ausgebaut werden – und die Fernstraßen im Raum Garmisch-Partenkirchen. Auch Schwarz-Gelb will Olympia 2018 nach Bayern holen.

age

Nur Gericht kann Fliegerflut stoppen

Alle zwei Minuten ein Düsenflieger über ihren Köpfen! Für die Bewohner des Fünfseenlandes ist die Erweiterung des Flughafens Oberpfaffenhofen eine Horror-Verstellung. Eine ganze Reihe von Klagen sind anhängig. Am 5. November beschäftigt sich der Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit einer Formulierung im Landesentwicklungsplan Bayern 2006, das dem Ausbau Tür und Tor öffnet. Aber wahrscheinlich ist der Düsenflieger schon abgeflogen, denn die Staatsregierung hatte kurz vor der Wahl so gut wie vollendete Tatsachen geschaffen.

Seit Jahren rührt sich Widerstand gegen die Erweiterungspläne des Sonderflughafens, der 1936 als Werksflugplatz für Dornier gegründet worden war. Ungeachtet der Proteste wird seit Jahren der Ausbau betrieben. Eine Klage der betroffenen Gemeinde Weßling hat der VGH im Januar 2007 bereits abgeschmettert.

2006 wurde in den Landesentwicklungsplan (LEP) eine umstrittene Formulierung aufgenommen: „Der Sonderflughafen Oberpfaffenhofen soll in seinem Bestand gesichert werden. Die Möglichkeiten für einen bedarfsgerechten Ausbau und für seine Nutzung durch den Geschäftsreiseflugverkehr sollen offen gehalten werden.“

Für die vielen Bürgerinitiativen gegen die Flughafen-Erweiterung ist dieser schwammig formulierte Satz Teil einer Salami-Taktik, um schließlich der „allgemeinen Luftfahrt“ Tür und Tor zu öffnen.

Am 23. Juli dieses Jahres genehmigte das Luftamt Südbayern der Edmo-Flugbetrieb eine wesentliche Erweiterung für den „qualifizierten Geschäftsreiseflugverkehr“. Es dürfen wesentlich mehr Flugzeuge starten und landen, auch die Betriebszeiten wurden deutlich verlängert. Erweitert wurden die Genehmigungen für Lufttaxis und Hubschrauber.

Jets mit 50 Tonnen dürfen in Oberpfaffenhofen starten und landen. Dazu gehört zum

Beispiel auch die vierstrahlige Avro RJ 100, die mit 46 Tonnen Startgewicht mehr als 100 Passagiere befördern kann.

„Jetzt geht es erst richtig los“, befürchtet Hansjörg Lindner von der Bürgerinitiative in Weßling. „Die Wachstumsraten für den Geschäftsreiseverkehr sind sehr groß.“ Lindner ist sicher, dass weitere „bedarfsgerechte“ Genehmigungen folgen werden.

Gegen die Zielsetzung im Landesentwicklungsplan haben die Gemeinden Seefeld, Germering, Weßling, Gilching, Gräfelfing und Planegg sowie der Landkreis Starnberg und die Landeshauptstadt München Klage erhoben, Wahrscheinlich wird der 8. Senat mit dem Vorsitzenden Dr. Erwin Allesch, der auch die Autobahn-Pläne durchs Isental durchwinkte, die Klage als unzulässig abweisen. Es gibt bereits eine Entscheidung vom 1. September, in der eine Klage als unzulässig verworfen wurde.

Ganz so pessimistisch ist Rechtsanwalt Joachim Krauß, der unter anderem die Landeshauptstadt vertritt, noch nicht: Juristisch ist das ein kompliziertes Feld.“

Gegen die Juli erlaubte Betriebserweiterung läuft derweil die Klage noch beim Verwaltungsgericht (als 1. Instanz), verhandelt wird voraussichtlich im Winter.

Die Bürgerinitiativen setzen inzwischen eher auf eine politische Lösung, da die Allmacht der CSU nun gebrochen ist. FDP-Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat sich gegen die Erweiterung des Flughafens stark gemacht. Allerdings steht auch die FDP schon vor vollendeten Tatsachen. Hansjörg Lindner: „Ich hoffe jetzt auf die Einsicht der CSU.“

ebu

Quelle: tz

tz online